

# Parlament unterstützt den Hospizneubau

## Neue Wege beim sozialen Wohnungsbau / Schönberg verteilt verbale Backpfeifen – und wird zurückgepiffen

**RODGAU** ■ Eigentlich waren sich die Stadtverordneten am Montagabend in den meisten Tagesordnungspunkten einig. Trotzdem geriet die letzte Stadtverordnetenversammlung vor der Kommunalwahl am 6. März zum großen verbalen Schaulaufen. Das vollzog sich meist sachlich. Nur einer schoss übers Ziel hinaus und wurde von Stadtverordnetenvorsteher Jürgen Kaiser mehrfach zur Ordnung gerufen: Karl-Heinz Schönberg, ehemals SPD und

seit kurzem zur Linken gewechselt – bekannt für seine Entgleisungen.

Politische Arbeit und Inhalte hatte Schönberg allerdings auch zu bieten. So war es seine Fraktion, die mit ihrem Antrag das Thema sozialer Wohnungsbau am Montag ins Parlament brachte. Die Linke beantragte, es sei eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu gründen, die den Stadtwerken eingegliedert wird. Städ-

tische Liegenschaften seien bei Gründung einzubringen. Möglich sei eine Geschäftsform als Genossenschaft, in die Rodgauer sich einkaufen könnten. Der städtische Fachdienst 7 (Gebäudemanagement) könnte dann aufgelöst werden. Bernhard von der Au kritisierte für die CDU, die das Thema schon 2011 aufgegriffen habe, der Linke-Antrag lasse zu viele Fragen offen. „Was ist bezahlbarer Wohnraum? Wie groß ist der Bedarf?“ 2011 hätten Linke

und die Kooperation den CDU-Antrag abgelehnt und „die Zukunft verbummelt“. Dem widersprach Heino Reckließ (FDP) vehement. Aktuell rede die Stadt mit „potenten Wohnungsbaugesellschaften“ über mögliche Projekte (wir berichteten), es werde so viel gebaut wie nie zuvor. Schönberg nannte Reckließ darauf einen „beratungsresistenten politischen Autisten“. Einigen konnte sich das Parlament letztlich auf den CDU-Antrag, der Ma-

gistrat solle prüfen, wie die Stadt den Neubau, die Sanierung und die Verwaltung städtischer Wohnungen künftig organisieren könne. Die Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft sei zu erörtern. Ebenso Modelle einer Zusammenarbeit mit Baugesellschaften und privaten Partnern. Dafür stimmten CDU, SPD, ZmB, Grüne, Freie Wähler und FDP, die Linke enthielt sich.

Einstimmigkeit herrschte später hingegen beim Ver-

kauf eines städtischen Grundstücks in Rollwald an die Hospizstiftung Rotary Rodgau für den Preis von drei Euro je Quadratmeter zum Bau eines Hospizes (macht 9000 Euro). Nicht durchdringen konnte die CDU mit ihrem Antrag, das Gelände für einen symbolischen Euro abzugeben. Bürgermeister Jürgen Hoffmann verwies darauf, die drei Euro pro Quadratmeter seien der mit der Stiftung vertrauensvoll ausgehandelte Preis, der alle zufrieden stelle. ■ bp